

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 41 (1962)  
**Heft:** 10

**Rubrik:** Chronik des Monats

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 23.12.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

politik betroffen wird, und daß die Bestimmungen des GATT dem widersprechen.

Die Japaner befürchten ein Wachstum der Exportkapazität der zum Gemeinsamen Markt gehörenden Länder auf den Märkten, in denen Japan glaubte, eine wichtige Rolle zu spielen, also in Süostasien, in geringerem Maße auch in Lateinamerika. Die japanische Wirtschaft sieht daher mit großer Sorge die Situation vor allem in Südostasien an, das für seine Expansion von großer Bedeutung ist. Charakteristisch sind die Befürchtungen der japanischen Geschäftswelt: «Es war viel leichter, gegen die französische, deutsche oder belgische Konkurrenz zu kämpfen. *Die Konkurrenz wird viel schwieriger, wenn Japan auf Gruppierungen stößt, die die Form internationaler Konsortien annehmen.*» (sic!)

Gegenwärtig bereitet der eventuelle Beitritt Großbritanniens den japanischen Wirtschaftskreisen neue Sorgen. Auch die Ermächtigung Kennedys zu Tarifverhandlungen mit Großbritannien und dem Gemeinsamen Markt stellt Japan vor ein schwieriges Problem. Viele japanische Waren werden auf dem Weltmarkt durch die zollfreie Einfuhr aus den zum Gemeinsamen Markt gehörenden Ländern verdrängt werden. Und englische Waren dürften den japanischen den Weg zu den Ländern des Gemeinsamen Marktes versperren. Auch der japanische Export nach den USA ist durch die Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes bedroht. Diese Schwierigkeiten können selbst durch eine Meistbegünstigungsklausel nicht behoben werden. Denn selbst in diesem Falle kann der USA-Präsident von den in Kraft gebliebenen Schutzbestimmungen Gebrauch machen.

Diese sehr wichtigen Probleme werden eine Reorganisation der japanischen Industrie zur Folge haben. Das Keidanren, die japanische Arbeitgeberorganisation, hat eine besondere Organisation für die Fragen des Gemeinsamen Marktes geschaffen. Japan will an der internationalen Integration teilnehmen.

## CHRONIK DES MONATS

### Innenpolitik

Am 27. September wählte die Vereinigte Bundesversammlung als Nachfolger von Dr. Bourgknecht den Walliser Nationalrat und Stadtpräsidenten von Sitten, Roger Bonvin, zum neuen Bundesrat. Die katholisch-konservative Fraktion hatte zwar den Bündner Tenchio als Kandidaten vorgeschlagen,

doch dieser eher farblose Vertreter hatte bei den anderen Fraktionen keinen Anklang gefunden. Die Wahl Bonvins, dem man großes Verständnis für soziale Nöte nachsagt, hat in Rechtskreisen nicht eitel Freude ausgelöst . . .

Noch immer erschallt in der Schweiz der Ruf nach Maßhalten. Selbstverständlich richtet er sich nach wie vor in erster Linie an die Arbeitnehmer, die «maßlose» Forderungen stellten und nie zufrieden seien mit dem Erreichten. Daß auch auf seiten der Arbeitgeber maßgehalten werden sollte, davon spricht man wenig. Immer mehr werden die Unternehmungen erweitert, die Investitionen wachsen und wachsen. Parallel dazu wachsen natürlich die Fremdarbeiterzahlen: Ende August arbeiteten in der Schweiz 650 000 Fremdarbeiter, während es vor einem Jahr etwa 548 000 waren. Diese Zahlen sollten endlich zu denken geben! Hier sollte man mit Maßhalten beginnen, und nicht bei den Löhnen der Arbeitnehmer. Doch es ist viel einfacher, auf den Kleinen herumzureiten. Wie stark sich die Herren von der Rechten fühlen, zeigt folgendes Beispiel: In Basel hatten sich anfangs Oktober die Privatbankiers zu ihrer Generalversammlung getroffen. Wie es sich bei so gewichtigen Anlässen geziemt, zierte die illustre Gesellschaft auch ein Bundesrat. Der Präsident richtete schwere Angriffe gegen den Bundesrat; er habe zu Unrecht die Steuerhinterziehung gebrandmarkt, er sei von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen. In harten Worten wurde der Bundesrat getadelt, wortreich wurde der Vorschlag, der Nationalbank ein wirksames Instrumentarium in die Hand zu geben, als unwirksam abgetan. Schuld an der Inflation seien in erster Linie die hohen Löhne und die Arbeitszeitverkürzung. Bundesrat Schaffner steckte als Vertreter der so arg angegriffenen Landesregierung diese Vorwürfe schweigend ein. In einer netten Ansprache lobte er die Tätigkeit der Bankiers . . .

Bundesrat Schaffner, der noch vor relativ kurzer Zeit ein eifriger Befürworter der EFTA gewesen war, sich nach der Wahl zum Bundesrat schnell zum überzeugten Anhänger einer Assoziation zur EWG verwandelte, begründete Ende September in Brüssel zusammen mit Bundespräsident Wahlen das schweizerische Assoziationsgesuch zur EWG. Daß die Schweiz — völlig zutreffend — ihre Neutralität bewahren will, hat im Ausland nicht großen Beifall gefunden. Doch dessenungeachtet muß die Schweiz an der Neutralität festhalten; das ist ihre Aufgabe, die besonders in der heutigen, zerfahrenen Situation in der Weltpolitik wichtiger denn je ist. Leuten, die mit der Aufgabe der Neutralität und dem völligen Anschluß an die EWG und vor allem an die NATO liebäugeln, kann nicht genügend scharf entgegengetreten werden.

Dieses außenpolitische Problem wird uns in nächster Zeit noch viel zu schaffen machen. Doch wir dürfen darüber nicht unsere innenpolitischen Sor-

gen vergessen. Für diesmal sollen vor allem zwei Mißstände an kennzeichnenden Beispielen kurz skizziert werden.

### *Unser Strafvollzug und unser Universitätsleben*

Vor rund 10 Jahren erregten die Untaten der Mörder Deubelbeiß und Schürmann die ganze Schweizer Bevölkerung. Nach ihrer Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus flaute das Interesse der Öffentlichkeit an ihnen ab. Als aber vor einiger Zeit bekannt wurde, Deubelbeiß habe den Gefängnisdirektor von Regensdorf tätlich angegriffen, erwachte das Interesse an diesem Mörder von neuem. Als er Ende September wiederum vor Gericht stand, erfuhr man die näheren Umstände, die zu dieser Tat geführt haben: Deubelbeiß wurde schikaniert, von unfähigen Gefängniswärtern gequält, vom Direktor völlig falsch behandelt, erklärte sein Verteidiger. Diese Aussagen bewirkten, daß sich der Regierungsrat entschloß, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die den Anstaltsbetrieb in Regensdorf genauer unter die Lupe nehmen soll. Man darf auf ihren Bericht gespannt sein. Vielleicht findet sie heraus, weshalb die Rückfallziffer in der Schweiz mehr als 80 Prozent beträgt!

Mitte Juni 1961 sollte der Schweizer Dr. R. Schmid als Professor der Medizin an die Universität Basel berufen werden. Der seltene Fall war eingetreten, daß Regierungs- und Erziehungsrat wie auch die Kollegen mit dieser Wahl einverstanden waren. Vorerst wenigstens. Doch dann machte Dr. Schmid die Annahme seiner Wahl von einigen Änderungen im Lehrbetrieb abhängig, die unter anderem auch die privaten Praxen der Professoren betrafen. Das gefiel jedoch den Herren zu Basel gar nicht; sie wollten plötzlich von ihrem Kollegen nichts mehr wissen. Dr. Schmid ist nun Professor an der Universität Chicago, die Basler Universität muß keinerlei Änderungen im Lehrbetrieb einführen. Und das gefällt den Herren Professoren am besten. Ob es auch für die Wissenschaft, für die Studenten so gut sei, wen kümmert das schon?

## **Außenpolitik**

Hatten noch vor einigen Jahren die Westmächte eine sichere Mehrheit in der UNO, so schmilzt diese langsam, aber sicher zusammen. Immer mehr neutrale — oder neutralistische — Staaten werden in sie aufgenommen. Als 109. Mitglied wurde anfangs Oktober Algerien Mitglied der UNO. Der Regierungschef Algeriens, Ben Bella, wurde herzlich begrüßt, als er in Neuyork seine erste Ansprache hielt. Darauf aber, daß er auch beabsichtige, einen

Besuch in Kuba abzustatten, reagierte man eher sauer. Man scheint die Erklärung Ben Bellas, Algerien werde eine bündnisfreie, sozialistische Republik sein, nicht überall klar verstanden zu haben. Die Vertreter der westlichen Länder scheinen auch noch nicht eingesehen zu haben, daß sich die weltweiten Machtverhältnisse dauernd ändern — und zwar nicht zugunsten des Westens. Die neutralistischen Staaten werden immer zahlreicher, die Vormachtstellung des Westens in der UNO schwächer. Parallel dazu mehren sich die Stimmen — vor allem in Amerika —, die sich von der UNO distanzieren möchten. Man erklärt, die neuen Staaten hätten noch nicht die Reife, die hemmungslose Demagogie der Vertreter des Ostblockes von den guten, friedensfördernden Vorschlägen der Westmächte zu unterscheiden. Man vergißt dabei aber allzu gerne, daß die erst kürzlich frei gewordenen ehemaligen Kolonien die Praxis einiger Kolonialländer am eigenen Leib erfahren haben und daß die heutigen schönen Worte keineswegs den Taten von gestern entsprechen. Die Haltung der Amerikaner gegenüber Kuba, der Rassenkrawall in Mississippi sind überdies kaum geeignet, die Vertreter der jungen Staaten von der Lauterkeit der Amerikaner zu überzeugen.

An der 17. Generalversammlung der UNO in Neuyork wollen die Russen die Frage der Weltwirtschaft und die Vertretung des kommunistischen Chinas in der UNO auf die Traktandenliste nehmen. Jahr für Jahr nehmen die Nein-Stimmen gegen einen Beitritt Chinas in die UNO ab; an dem Tag, an dem China Vollmitglied wird — was in wenigen Jahren der Fall sein wird — wird Amerikas Prestige einen weiteren Schlag bekommen. Denn es waren immer die Amerikaner, die das korrupte Regime Tschiang Kai-scheks unterstützten und Chinas Beitritt mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Wird China aufgenommen, ist dies nicht nur eine Niederlage für Formosa, sondern auch für Amerika. Illusionäre Politik macht sich nie bezahlt.

Viele Leute im Westen glauben, der Wunsch Rußlands nach einer Weltwirtschaftskonferenz sei das sicherste Anzeichen dafür, daß der Ostblock in einer wirtschaftlichen Krise stecke und immer mehr die Konkurrenz der EWG zu spüren bekomme. Diese Meinung mag zu einem gewissen Grad stimmen, doch darf man nicht vergessen, daß in vielen Entwicklungsländern die EWG immer mehr als ein «Klub der Reichen» angesehen wird, der die Armen ausbeutet. Vor allem die Entwicklungsländer sind deshalb an einer Weltwirtschaftskonferenz sehr interessiert, an der sie ihre Probleme behandeln können. Wenn Rußland deshalb eine solche Konferenz fordert, so hat es damit wieder einen kleinen Schritt zur Gewinnung der Entwicklungsländer getan. Vielleicht wäre es gut, wenn man im Westen diesen Aspekt etwas mehr beachten und nicht allzu stark die Stärke der EWG preisen würde. Um so mehr als innerhalb der EWG noch große Spannungen bestehen — man denke an die Landwirtschaft — und in einigen Ländern der Europäischen Wirtschafts-

gemeinschaft die Regierungen kaum sehr stabil zu nennen sind. So hat in Frankreich der Plan de Gaulles, den Präsidenten der Republik durch das Volk wählen zu lassen zum Sturz der Regierung Pompidou und zur Auflösung des Parlamentes geführt. Wie die Wahlen ausfallen werden, ist noch sehr unsicher.

Während man über jeden Flüchtling, der die Berliner Mauer passieren kann, genaueste Kunde erhält, weiß man von andern Ereignissen, die mindestens gleich wichtig sind, praktisch sehr wenig bis nichts. Über die Lage in Südamerika wird man nur sehr rudimentär aufgeklärt, man muß aber aus der Tatsache, daß in Venezuela der Notstand ausgerufen wurde, darauf schließen, daß ein Umsturz — ähnlich wie vor wenigen Jahren in Kuba — nicht völlig ausgeschlossen ist. Ob die Amerikaner einem solchen tatenlos zusehen würden, ist fraglich, denn hier ist Erdöl im Spiel. Und noch an einem Ort, wo in der Nähe amerikanische Erdölinteressen konzentriert sind, ist ein Umsturz erfolgt. In Jemen, dem mittelalterlichen Staat am südöstlichen Ufer des Roten Meeres, der britischen Kolonie Aden benachbart, hat eine Militärjunta die Macht ergriffen. Jemen liegt im Spannungsfeld der Interessen von Kairo, Moskau, London, Peking und Amerika. Während die Länder des Ostblockes die neue Regierung sofort anerkannten — von der man Mitte Oktober noch nicht weiß, welche Ziele sie eigentlich verfolgt, und ob sie sich gegen die verjagten feudalen Herrscher durchsetzen kann — zögern England und Amerika mit der Anerkennung. England fürchtet für seine Kolonie Aden, Amerika würde durch eine Ausweitung der Revolution auf Saudiarabien, dem Erdölstaat unter Ibn Saud, in seinen wirtschaftlichen Interessen sehr tangiert. Ob die jemenitische Revolution sich durchsetzen kann oder nicht — eines steht fest: Die Tage der feudalen Herrscher in Saudiarabien, Jordanien, Iran und Jemen sind gezählt. Zu lange lebten sie selber in unvorstellbarem Luxus, ihre Untertanen in ebenso unvorstellbarem Elend. Und es ist der Westen, der durch solche Umstürze geschädigt wird, denn er hat bisher alle Herrscher der feudalen Schicht unterstützt, Faruk und Ibn Saud ebenso wie den Schah von Persien; nicht aus Liebe zu diesen Herren natürlich, sondern deshalb, weil diese Oberschicht die Erdölquellen in ihrer Hand hatte, oder andere wirtschaftlich interessante Geschäfte mit diesen Leuten zu tätigen waren. Bis jetzt flossen die Gewinne reichlich — nun scheint die Zeit zu kommen, da der Westen zu bezahlen hat.